



BILDER ADRIAN BAER

«Wir haben keine Mühe mit fremden Richtern»

Regierungschef Adrian Hasler über das Souveränitätsverständnis eines Kleinstaats, das Outsourcing von Staatsaufgaben und die Abhängigkeit vom Finanzplatz

Aus souveränitätspolitischen Überlegungen möglichst viel selber zu machen, sei unsinnig, findet Adrian Hasler. Auch brauche es Ausländer in wichtigen hoheitlichen Funktionen. Grenzen zieht der Regierungschef bei den Polizeiangehörigen.

Herr Hasler, ein Kleinstaat kann sich nicht alles leisten. Was vermissen Sie in Liechtenstein?

Eigentlich nichts. Kleinstaaten stehen vor der grossen Herausforderung, dass sie grundsätzlich die gleichen Aufgaben wie grosse Staaten haben, aber viel weniger Ressourcen. Wir machen deshalb eine konsequente Verzichtplanung und setzen Prioritäten. In der Aussenpolitik beispielsweise überlegen wir genau, wo wir präsent sein wollen.

Liechtenstein lagert viele Staatsausgaben aus, was andernorts grossen Widerstand auslöst. Im Fürstentum nicht?

Man muss klar unterscheiden zwischen Kooperation und Auslagerung. In der Regel handelt es sich bei uns um Kooperationen mit den Nachbarstaaten. In unserer Region sind wir beispielsweise mit Spitälern sehr gut versorgt, und eines haben wir im eigenen Land. Es macht keinen Sinn, aus souveränitätspolitischen Überlegungen möglichst viel selbst zu machen. Aus meiner Erfahrung hat die Bevölkerung kein mulmiges Gefühl wegen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Wie steht es mit Auslagerungen? Beispielsweise bestreitet das Schweizer Auswärtiges Amt praktisch das liechtensteinische Konsularwesen.

Das klappt sehr gut. Ich möchte aber auch festhalten, dass es nur sehr wenige Fälle gibt.

Durch die Auslagerung einzelner Staatsfunktionen vergrössert sich die Abhängigkeit von anderen Staaten.

Es geht weniger um Auslagerung, sondern um Kooperationen. Man muss sich bewusst sein: Liechtenstein ist etwas

grösser als die Stadt Chur. Wir können es uns gar nicht leisten, alles selbst zu machen. Wir sind damit aber nicht alleine. Auch grössere Staaten kooperieren in vielen Bereichen immer stärker mit anderen Staaten.

In Liechtenstein gibt es ausländische Richter. Haben Sie kein Problem mit der Vorstellung, von einem fremden Richter beurteilt zu werden?

Im Gegensatz zu den Diskussionen in der Schweiz haben wir keine Mühe mit fremden Richtern. Die meisten stam-



«Um selbstständig mit der EU zu verhandeln, sind wir zu klein.»

Adrian Hasler
Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein

men aus Österreich und aus der Schweiz. Wir haben auch einen Leitenden Staatsanwalt aus dem Tirol. Das ist für die Bevölkerung kein Problem. Im Gegenteil wird in unserem Land, wo fast jeder jeden kennt, die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit dadurch noch gestärkt.

Im Landtag gab es kürzlich eine Kontroverse über die 23 Prozent Ausländer in der Landesverwaltung. Gibt es da nicht doch ein mulmiges Gefühl?

Das war keine Kontroverse. Die Anfrage stammte aus den Reihen einer kleinen Partei, die sich stark nach dem Stammtisch ausrichtet. Wir sind nun einmal in vielen Bereichen auf Spezialisten angewiesen. Und für die meisten Stellen spielt die Nationalität keine Rolle, sondern die Fachkompetenz.

Wie steht es mit der Polizei?

Das ist ein sehr sensibler Bereich. Der liechtensteinische Bürger hat Mühe damit, wenn er von einem Ausländer auf der Strasse kontrolliert und gebüsst wird. Dafür habe ich Verständnis. Im Polizeigesetz gibt es aber eine Ausnahmebestimmung, wonach für ganz spezifische Fachaufgaben Ausländer mit Polizei-Befugnissen angestellt werden können, beispielsweise für die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität. Wo hoheitliche Gewalt ausgeübt wird, müssen aber grundsätzlich Liechtensteiner angestellt werden.

Ist das Outsourcing an Private das Rezept, um die zunehmende Komplexität zu bewältigen?

Wenn wir uns Gedanken über die Auslagerung von Aufgaben machen, hat das

vor allem mit der dringenden Sanierung des Staatshaushalts zu tun.

Braucht Liechtenstein zwingend einen Fürsten, damit es als Staat bestehen kann?

Jeder Staat hat seine Eigenheiten. Wir sind mit unserer Staatsform bisher sehr gut gefahren.

Aber es ginge auch ohne Fürstenhaus?

Wahrscheinlich brauchen wir keinen Fürsten, um zu überleben. Das Fürstenhaus ist für Liechtenstein aber ein grosser Vorteil. In der Vergangenheit hat es immer eine tragende, stabilisierende Rolle gespielt. Wir hatten ein paar mal Glück in der Geschichte, aber immerhin gibt es unseren Staat seit bald 300 Jahren in diesen Grenzen. Das Fürstenhaus bringt oft visionäre Ideen ein. Würde es nicht existieren, wären wir heute vielleicht nicht Mitglied der Uno. Das Fürstenhaus hat auch massgeblich dazu beigetragen, dass wir heute Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums sind.

Beim EWR-Beitritt musste Liechtenstein noch mehr Souveränität abgeben.

Nein. Wären wir nicht beigetreten, hätten wir uns nur an die Schweiz und ihren bilateralen Weg anhängen können. Um selbstständig mit der EU zu verhandeln, sind wir zu klein. Wir wollen den Zu-

gang zum EU-Binnenmarkt, und der EWR bietet uns genau das.

Liechtenstein hängt stark von seinem Finanzplatz ab, der stark unter Druck geraten ist.

Es gibt eine Abhängigkeit, aber sie ist relativ. Da und dort glaubt man, Liechtenstein sei nur ein Finanzplatz. Dieser macht rund 27 Prozent des BIP aus. Wir haben aber auch eine breit diversifizierte Wirtschaft mit einem starken Werk-

«Wo hoheitliche Gewalt ausgeübt wird, müssen im Staatsdienst grundsätzlich Liechtensteiner angestellt werden.»

platz. Auf neun Einwohner kommt ein produzierendes Unternehmen. Das ist ein Rekordwert in Europa.

Welchen Anteil am BIP wird der Finanzplatz in zehn Jahren haben?

Das ist schwierig zu sagen. Bei den Banken wirkt sich unsere offensive Finanzplatzstrategie positiv aus. Sie verzeichnen Neugeldzuflüsse in neuen Märkten. Bei den Treuhandfirmen hat das klassische Massengeschäft an Bedeutung verloren. Um in Zukunft steuerkonforme Lösungen anzubieten, braucht es Unternehmen mit grosser Fachkompetenz. Jene, die diese Fachkompetenz nicht anbieten können, werden es schwierig haben. Ich bin dennoch überzeugt, dass der Finanzplatz eine Zukunft hat.

Spricht die Zukunft für Kleinstaaten oder dagegen?

Wegen der zunehmenden Regulierung wird es für Kleinstaaten tendenziell schwieriger. Aber sie haben auch Trümpfe in der Hand. Die Wege sind kurz, die Entscheidungsträger sitzen rasch an einem Tisch. Kleinstaaten können rasch auf Entwicklungen reagieren und sich auf Nischen spezialisieren. Und wir wirken glaubwürdig, da wir keine versteckte Agenda verfolgen.

Interview: sig.

Das Fürstentum Liechtenstein und die Schweiz im Vergleich

Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung¹
In Prozent der Bevölkerung



Grenzgänger, in Prozent der Bevölkerung



Arbeitslosenquote, in Prozent



Mittlerer Bruttolohn, in Franken



BIP² pro Einwohner, in tausend Franken



BIP² pro Beschäftigte, in tausend Franken

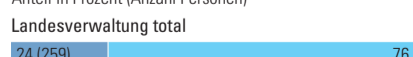


QUELLEN: EIGENE BERECHNUNGEN, BFS, REGIERUNG FL

¹ alle Staatsebenen; ² Bruttoinlandprodukt.

Ausländer in der FL-Landesverwaltung

Anteil in Prozent (Anzahl Personen)



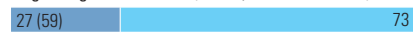
Finanzmarktaufsicht



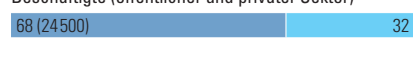
Liechtenstein Marketing



Regierungsnahe Stellen (Justiz, Kommunikation)



Beschäftigte (öffentlicher und privater Sektor)



■ Ausländer ■ Liechtensteiner

NZZ-INFOGRAFIK/ief.